

Der Gesellschafter

Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Montag den 19. Dezember 1921

Nr. 296

95. Jahrgang

Die Kollage der Zeitungen im Parlament.

Im preussischen Landtag brachte der Abgeordnete Buchhorn (D. U.) folgende Anfrage ein:
„Die Rot der deutschen Zeitungen wächst von Tag zu Tag, wächst infolge der stets steigenden Verteuerung des Papierpreises, der am 1. Dezember d. J. bereits das 18 1/2fache des Friedensjahres erreicht hat. Und neue Erhöhungen stehen am 1. Januar 1922 bevor! Wächst infolge der stets steigenden Höhe der Gehälter, der Gehälter der Redakteure und der Anzeigebekanntmachungen und infolge der stets steigenden Kosten der Druckkosten der Zeitungen, alles das hat zur Folge, daß ein Niedergang und eine Verkümmern der deutschen Presse eintritt, ein Niedergang und eine Verkümmern, die bei der Bedeutung der deutschen Presse für die Gesamtheit unseres Volkes in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung, zumal in diesen Krisenzeiten, nicht zu tragen sind. Wenn wir wieder aus dem Stand dieser Tage hinauskommen wollen, so wird das nicht zum wenigsten durch die Mithilfe der deutschen Presse geschehen.“

Es fragte: Ist das Staatsministerium bereit, beim Reiche darauf hinzuwirken, daß einmal die Erhebung des Zeitungsdruckpreises in die seiner Zusammensetzung u. Verwendung entsprechende Tarifklasse B. zum anderen, daß keine Sonderbelastung der Zeitungen durch das neue Anzeichen der Postgebühren für Zeitung und Verpackung erfolgt? Darüber hinaus aber frage ich, ob das Staatsministerium weiter gewillt ist, auf eine Änderung des Gesetzes über die Umgehsteuer hinzuwirken und eine Gleichstellung der Anzeigensteuer mit der Umgehsteuer herbeizuführen? Denn eine Sonderbelastung der Zeitungen in Zeitungen und Zeitungen bedeutet eine schwerwiegende Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens nicht nur, sondern auch eine große nationale Gefahr, weil dadurch das Schicksal einer Anzahl von Zeitungen oder doch die Aufgabe der wirtschaftlichen und redaktionellen Selbständigkeit notwendigerweise herbeigeführt werden muß.“

Was die Zeitungen von Parlament und Regierung erwarten und was ihren Zukunftsbedarf bedeutet, wenn ihre Erwartungen wiederum nicht in Erfüllung gehen, ist in dieser Anfrage klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht. Öffentlich nimmt sich nicht nur die preussische Regierung der schmerzlichen Lage der Presse an, sondern auch die Regierungen der übrigen Länder, insbesondere unsere württembergische. In der Hauptsache aber läßt dem Reich die Sorge um die Möglichkeit der Erhaltung der deutschen Presse zu. Bei der Reichsregierung aber hat man außer länder Reden nichts von Belang verfaßt, was auf praktische Hilfe hindeutet. Im Gegenteil: Der Mangel an Verständnis für Wesen, Bestand und Bedeutung der Zeitungen ist größer als zuvor.

Wie Württemberg Industriestaat wurde.

Die verkehrsgeographische Lage Württembergs ist unübertrefflich. Es liegt entfernt von der alten Verkehrsstraße des Rheinstroms, der die wichtigste Nord-Süd-Verbindung der Eisenbahn zum Industrie-Hauptgebiet des Reiches im Rheinland, Distrikte verfolgt ist, und die den Haupt-Flussverkehr des Reiches trägt. Von den Wasserwegen fehlt hier Württemberg bis heute abgesehen. Es lagen Neckar und Donau bis heute so ungenutzt, daß jeweils gerade an der Landesgrenze die vorläufige, sehr begrenzte Schiffahrt aufblühte, und das Bodenseegebiet hat noch keinen Anstoß an die Oberrhein-Schiffahrt. In dieser unglücklichen Verkehrslage kommt die übliche Armut an Kohlen, der bisher geringe Ausbau der an sich vorhandenen Wasserkraft, deren wirtschaftliche Ausbeute vielleicht dem Lande eine Wandlung bedeuten wird. Doch trotz allem in Württemberg industrielle und besonders metallindustrielle Unternehmungen von nationaler und internationaler Bedeutung entstehen und groß werden konnten, muß überraschen. Aber es spielen hier Kräfte mit, deren Wirkung die aufstrebenden Schwereindustrien völlig auszugleichen vermögen.

Württemberg hatte schon im 16. Jahrhundert in manchen Teilen des Landes als Ergänzung der Landwirtschaft eine rege hausgewerbliche Tätigkeit, die sich vor allem mit der Anfertigung von Geweben befaßte. Ihr Hauptstützpunkt war die Reichsstadt Ulm. In und um Ulm herum wurde der Porzellan, ein Gewebe aus Reimstoffe und Baumwollgarnschuß hergestellt, das von Ulm aus nach allen Teilen der damals bekannten Welt verlobt wurde. Der Staat förderte diese Hausindustrie, die einen großen Aufschwung nahm. Als aber im 17. und 18. Jahrhundert andere Länder, vor allem England, Gewebe in größeren Mengen ausfuhren, konnte sich das württembergische Kleinhandwerk nicht wettbewerbsfähig erheben; es verfiel dem Weltmarkt.

Das 19. Jahrhundert brachte dann schwere Krisen über Württemberg. Das Land wie im Verhältnis zu den benachbarten Staaten eine besonders große Bevölkerungsüberfülle und einen hohen Geburtenüberschuß auf. Der vorwiegend landwirtschaftliche Kleinbetrieb konnte die überfließende Bevölkerung nicht mehr aufnehmen, das Handwerk war überflüssig, und so blieb vielen arbeitssuchenden, fleißigen Bewohnern nichts übrig, als auszuwandern. Das Wirtschaftsleben hatte den Verlust zahlreicher, tüchtiger, empfindlicher Männer zu beklagen, nicht nur während Vertriebszeiten wie im 18. Jhd., sondern auch vieler tüchtiger Kaufleute und Techniker,

die mangels genügender Beschäftigungsmöglichkeit sich dem Ausland (Nordamerika, England u. a.) zuwenden mußten. Regierungen, gemeinnützige Vereine und einzelne wertschöpfende Männer bemühten sich, die Rot zu hemmen und des Wirtschaftlichen besonders durch Einführung neuer Gewerbegebiete in regeren Fluß zu bringen. Ganzam schimmerte auch im Volk der Gedanke auf, wie allein gelassen werden könne; weitere Kreise konnten sich, wenn auch widerwillig, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die große Industrie das einzig wirksame Mittel sei, um der zunehmenden Verarmung und Auswanderung zu steuern.

Erfolge hatten diese Bestrebungen freilich erst, als man die alten Betriebsmittel durch die neuen technischen Erfindungen ersetzt hatte (die erste Dampfmaschine wurde in Württemberg im Jahr 1841 in einer Hohenheimer Textilfabrik durch den Schloßmeister J. M. Vohls aufgestellt) und als die hiesigen Wirtschaftskräfte im Inneren Deutschlands, die Versteher, Kunst und Niederlassungswilligen der sog. „alten Welt“ gefolgt waren. Noch in den fünfziger Jahren aber war im Schwabenland eine Frage erregter Meinungsverschiedenheit, ob das Land nicht doch für den Ackerbau geschaffen sei, ob überhaupt Eisenbahnen, Banken, Fabriken einbrechtlich oder vtilig seien.

Doch der Fortschritt gewann die Oberhand. Jenseits rief die Erfolg vom Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an die Umstellung des würt. Wirtschaftslebens. 1851 schon waren auf der Bonheimer Weltausstellung württembergische Industrieprodukte zu sehen, und bereits in den 60er Jahren konnte C. Schmöder feststellen: „Die Entwicklung der Gewerbe- und Kaufkraft hat die alte, auch bis in die neueste Zeit wiederholte Drohung, Württemberg sei ein naturgemäß ackerbaureiches Staat, zerstreut.“ Von da ab ging es mit Riesenschritten vorwärts, und Württemberg Industrie nahm im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft bald eine achtunggebietende Stellung ein.

Ohne schwere Übergangsbedürfnisse der gewerblichen Kleinbetriebe, Handwerker, konnte sich freilich diese Entwicklung nicht vollziehen. Die 60er Jahre wurden zu einer Zeit tiefstehender Unmuthungen, wobei manches Kleinbetriebe unter die Ähre des Fortschritts geriet. Die Handwerker, die kleinen Drechsler, die Seiler, die Nagelschmiede, und andere verfielen immer mehr an Boden. Die neue Zeit stellte neue Ziele und Aufgaben, denen das Handwerk nicht gewachsen war, mit dem Aufkommen der neuen Maschinen sah sich manche alte Handwerksmeister überholt. Andererseits aber brachte das Beispiel und der Erfolg der großen Fabrikbetriebe doch auch wieder den Vorteil mit sich, daß durch, a. B. in der Metallindustrie, kleinere Geschäfte zu erhöhter geistlicher Aufmerksamkeit angefaßt wurden, und so schenbar gefährdete Zweige des handwerksmäßigen Betriebs sich eine neue, bessere Grundlage schufen.

Unter heimliche Industrie, vor allem die Metallindustrie, ist, ähnlich wie bei der schweizerischen Schweiz, ganz allgemein eine Veredelungsindustrie. Es gibt Gegenden in Deutschland, wo man nur Löcher in die Erde zu graben braucht, um reiche Bodenschätze fördern zu können und ohne viel Mühe zu Wohlstand zu gelangen. Der Schwabe hatte es nicht so leicht. Aber mit einer Lauge Eisen oder Kupfer wässern andere schwebeliche Werke sehr viel mehr anzufangen, als jene Gegenden, die vom Betrieb der großen Massen und Mengen leben. Die weite Entfernung von den Rohstoffgebieten, der Mangel an bedeutenden natürlichen Rohstoffen und die ungenügenden Verbesserungsmöglichkeiten der schwebeliche Industrie schon frühzeitig, hochwertige Erzeugnisse in Qualitätsausführung herzustellen, um trotz der Mehrbelastung durch Betriebs- und Frachtkosten wettbewerbsfähig zu bleiben. Das dies die würt. Unternehmung, anfanglich meist kleine Handwerker, Tischler, Dreher usw., rechtlich erkannt, darin liegt ein wesentlicher Grund für die glänzende Entwicklung der würt. Industrie. „In der spezifischen Wahl und Art der hier geleisteten Arbeit liegt“, wie Dr. Allen schreibt, „das Geheimnis der vielbereiten Erfolge der heutigen würt. Industrie. Unter kluger Abwägung des unter den angegebenen natürlichen Erzeugnisverhältnissen erreichbaren legte die einheimische Industrie das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf möglichst weitgehende Veredelung. Kein Zweifel: je mehr Arbeit und je feinere Arbeit in den Rohstoffen geleistet wird, um so weniger fallen die Frachtkosten oder Frachtkosten entfallend in die Waagschale.“

Dies die württembergische Industrie sich aber zur Veredelungsindustrie entwickeln konnte, das lag in allererster Linie an der Veranlagung und der Eigenart des in Württemberg sesshaften Menschenstammes, aus dem die Unternehmer und Arbeiter hervorgewachsen. Durch seine natürliche Veranlagung und kulturelle Entwicklung ist das schwebeliche Volkstum geradezu geschaffen zu feingewerblicher Arbeit. Es ist aller deutscher Kulturboden, auf dem wir stehen, bei einer vorkulturzeitliche liebevolle Vertiefung auf gewerblichen, kunstgewerblichen und künstlerischen Gebieten aufwuchs. Der geistliche, erfindungsreiche und phantasievolle, dazu in der Verfolgung seiner Ziele bei zum Eigenstimm alle Schwabe, keine vorkulturzeitliche Fremde am „Treiben“ und Boden, sein Fleiß, seine Beharrlichkeit und Geduld, das alles waren und sind unerschöpfliche natürliche Anlagen zur Entwicklung und Vertiefung auch der modernen Feinindustrie. In der

Zu bauen sich denn auch große und bedeutende Teile der äußerst vielfältigen Feinindustrie Württembergs nachweislich auf altgewerblichen Traditionen der vorindustriellen Teile des Landes auf; a. B. die Uhren- und Feinindustrie des Schwarzwaldes, die Textilindustrie des Neckar- und Albgebietes usw. (Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Dez. Die Sitzung beginnt nach 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Schacht (Dem.) stellt ein Regierungsvertreter fest, daß sich die Ressorts geübt haben, die Abfertigungskausale für die Beamten der unteren Besoldungsgruppen nach Ablauf der Frist zu streichen. Auf Anfrage des Abg. Runert (U.S.) erklärt ein Regierungsvertreter, daß das Brennrecht für Raststätten mit Rücksicht auf die Raststätten auf 33 1/2% beschränkt sei, ein Verbot der Spiritusbrennerei dagegen nicht in Frage komme. Die aus dem Branntweinmonopol zur Bekämpfung des Alkohols, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten aufgewandten Mittel sollen in dem neuen Gesetz wesentlich erhöht werden. Für ein absolutes Alkoholverbot könne sich die Regierung nicht aussprechen. Der Gesetzentwurf betreffend die Verkümmern der Geltungsdauer der Verordnung über Verwertung von Militärgut bis Ende 1922 wird debattiert in allen 3 Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz betreffend Umlegung des Pächterreferendarats privater Reichsanstalten.

Ueber die Ausschussehandlungen zu den Annäherung Vorh (Komm.), Bergt (D.) und Frau Kugel (U.S.) auf sofortige Aufhebung der Ausnahmebestimmungen des Reichspräsidenten erstatet Abg. Marx (Z.) Bericht und kommt zu dem Schluss, die Zustimmung zu diesen Annäherungen nicht zu erteilen.

Abg. Dr. Gradauer (Soz.): Meine Partei ist nicht gewillt, zu warten, bis die Gesetze zum Schutze der Republik fertig vorliegen. Der Zeitpunkt, die Forderung nach der Aufhebung der Verordnungen zu stellen, scheint uns jetzt gekommen. Der bayerische Gesandte u. Wegner gibt eine Erklärung über die Ausnahmebestimmungen in Bayern ab. Die Zeit für die Aufhebung dieser Bestimmungen sollte keine Regierung noch nicht für gekommen. Abg. Graf (D.) tritt für die Aufhebung ein, damit endlich einmal dem Eingriff in die Pressefreiheit ein Ende gemacht würde. Der inzwischen eingegangenen Antrag Stresemann werden wir zustimmen, daß die Verordnungen am 31. Januar 1922 außer Kraft treten sollen. Die Verhote der „Deutschen Zeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ waren überholt und müssen mit einer Dismasse für die Regierung wieder aufgehoben werden. Die Suche nach der Widerzentrale blieb fruchtlos und das Gerücht davon erwies sich als eine Phantasie, auf die auch der Reichstag sich einließ. Abg. Prof. Rabe (D.) begründet den Antrag Stresemann. Im Januar, wenn die Zeit der Gesetze zum Schutze der Republik komme, dürfte die Zeit zur Aufhebung der Verhote gekommen sein. Abg. Rosenfeld (U.S.) warnt die bayerische Regierung der Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten eine eigene Verordnungen an ihrer Stelle treten zu lassen. Abg. Dr. Gaaß (Dem.) politisiert gegen den Abg. Graf. Wir sind für Aufrechterhaltung der Verordnung, bis die Regierung die Zeit zum Abbau für gekommen sieht. Die Stellungnahme des Reichspräsidenten kann uns von der Verantwortung nicht entbinden. Verschwinden muß das Gesetz aber erst, wenn der Schatz der Staatsautorität gesichert ist. Abg. Leicht (D.) Die Verordnung des Reichspräsidenten beruht auf einem Heberverkommen und kann nicht aufgehoben werden, wenn das den Interessen des einen Beteiligten widerspricht. Abg. Bergfeld (Komm.) greift den Standpunkt der bayerischen Regierung an, gegen den der Reichstag anscheinend machtlos sei und polemisiert gegen die Verordnungsgegner und die Demokraten, die in den Ausnahmebestimmungen nichts besonderes sehen wollten. Der Ausschusseantrag wird im Wege des Sammelprinzips mit 160 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Die 3 Anträge Bergt und Kugel auf sofortige Aufhebung werden angenommen.

Nächste Sitzung morgen Mittag 12 Uhr: Wochenfürsorge, kleinere Vorlagen, darunter Freiwähler, Deussen usw., Ausschusseberichte. Schluß 8 Uhr.

Kleine politische Nachrichten.

Die Schuldenlast steigt!
23,4 Milliarden (schwebende Reichsschulden).
Berlin, 17. Dez. Das Deutsche Reich verzeichnete in der ersten Dezemberhälfte an Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 2,2 Milliarden Mark. Dagegen belaufen sich die Ausgaben auf 9,2 Milliarden Mark. Die Finanzlage erfordert einen Zuschuß von 3974 Millionen; die Reichspost hingegen brachte 474 Millionen Mark zur Abfertigung (unso unverändlicher erscheinen die ins Nachfolgende erfinden und das Wirtschaftlichen in seinen Grundfesten erschütternden Gebührenerhöhungen, die von der Post beabsichtigt sind). Zum Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen mußte die schwebende Schuld um 6,9 Milliarden vermehrt werden, so daß sie am 10. Dezember die Restsumme von 23,4 Milliarden Mark betrug.

